presse

Ausbildungspakt III: Bundesregierung muss gesetzliche Ausbildungsgarantie schaffen

Anlässlich der heutigen Sitzung der Partner des Ausbildungspaktes erklären die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Dagmar Ziegler und der bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Ernst Dieter Rossmann:

Bei der Verlängerung des Ausbildungspaktes darf es kein einfaches "Weiter so" geben. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert eine echte konzeptionelle Weiterentwicklung des Paktes. Dazu gehört auch eine gesetzliche Ausbildungsgarantie.

Die Paktpartner müssen mit einem Ausbildungspakt III mindestens drei Antworten geben:

- Antwort für die "Vergessenen": Ein Ausbildungspakt III muss neue Chancen für junge Menschen schaffen, die in den letzten Jahren vergeblich nach einem Ausbildungsplatz gesucht haben. Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass 15 Prozent der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 30 Jahren keinen Berufsabschluss haben. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, eine gesetzliche Ausbildungsgarantie zu schaffen für alle, die älter als 20 Jahre sind und weder einen Berufsabschluss noch Abitur haben. Die Bundesregierung muss sich im Ausbildungspakt verpflichten, einen entsprechenden Rechtsanspruch zu schaffen, der durch betriebliche oder außerbetriebliche Ausbildungsangebote einzulösen ist.

- Antwort für einen erfolgreichen Einstieg: Damit es gar nicht erst soweit kommt, müssen benachteiligte Jugendliche früher und besser fit für die Ausbildung gemacht werden. Dazu müssen die Berufsorientierung an den Schulen weiter gestärkt und die Fördermaßnahmen am Übergang von der Schule in die Ausbildung reformiert werden. Die SPD-Bundestagsfraktion

erwartet von den Paktpartnern, dass in einem Ausbildungspakt III ein verbindlicher Fahrplan für eine Reform des sogenannten Übergangssystems zwischen Schule und Beruf vereinbart wird. Ziel muss es sein, Warteschleifen abzubauen und alle Jugendlichen direkter, schneller und ohne Umwege beruflich zu qualifizieren.

- Antwort auf die Wirtschaftskrise: Anspruchsvolle Selbstverpflichtungen der Wirtschaft zur Sicherung des Angebots an Ausbildungsplätzen sind gerade angesichts der Konjunkturkrise unverzichtbar. Auch werden in den kommenden Jahren die doppelten Abiturjahrgänge für Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt sorgen. Zudem hat der DGB recht, dass die amtliche Ausbildungsstatistik nach wie vor kein realistisches Bild darstellt und faktisch Ausbildungssuchende unterschlägt. Außerdem müssen die Paktpartner dafür sorgen, dass Auszubildende eine sichere Übernahmeperspektive in gute Arbeit erhalten. Der Pakt muss deshalb einen Ausbildungsschirm gegen die Wirtschaftskrise beinhalten.